



Informationen aus der Hauptstadt und dem Wahlkreis Kassel

Kassel, 01. März 2022

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

der völkerrechtswidrige Angriff Putins auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Es ist das erste Mal seit über 80 Jahren, dass auf europäischem Boden ein Land einen großflächigen militärischen Überfall auf ein friedliebendes Nachbarland gestartet hat. Vor allem die Menschen in der Ukraine zahlen einen hohen Preis. Ihnen gelten unsere volle Solidarität und Unterstützung. Der Krieg gegen die Ukraine ist Putins Krieg.

Viele werden die historische Rede von Olaf Scholz in der Sondersitzung des Bundestags am letzten Sonntag mitverfolgt haben. Seine Worte im Beisein des ukrainischen Botschafters haben mich bewegt: „Die Menschen in der Ukraine verteidigen nicht nur ihre Heimat. Sie kämpfen für Freiheit und ihre Demokratie. Für Werte, die wir mit ihnen teilen.“ (Zur Rede: <https://bit.ly/3pssQvp>)

Deshalb gelten unser Respekt und unsere Anerkennung auch allen mutigen Menschen insbesondere in Russland, die öffentlich oder im Sinne des zivilen Ungehorsams den Aggressionskurs ihres Präsidenten verurteilen und zur Beendigung des Angriffs auf die Ukraine aufrufen.

Deutschland und seine verbündeten Partner haben in der vergangenen Woche in mehreren Schritten umfangreiche Sanktionen gegen Russland verhängt. Hierzu gehörten insbesondere Sanktionen gegen Individualpersonen, ein Handelsembargo gegen die selbsterklärten „Volksrepubliken“ in der Ostukraine, Handelsverbote für russische Staatsschulden und weitere Finanzsanktionen sowie Exportrestriktionen.

Präsident Putin hat den Krieg zurück auf den europäischen Kontinent gebracht und sich damit auf die falsche Seite der Geschichte gestellt. Es gibt keinerlei Rechtfertigung für die gewaltsame Änderung international anerkannter Grenzen. Dies hat die euro-atlantische Sicherheitslage grundlegend verändert.

Wir sind fest entschlossen, Frieden und Stabilität und das Völkerrecht zu schützen. Wir sind gemeinsam mit unseren Partnern geeint in unserer Unterstützung für das ukrainische Volk und seine demokratisch gewählte Regierung.

In dieser Krise zeigt sich eines deutlich: Unsere größte Stärke sind unsere Bündnisse und Allianzen!

Es ist daher richtig und notwendig, dass wir die Ukraine zu unterstützen. Diese historische Zeitenwende macht es aber nötig, dass wir unsere Bundeswehr jetzt deutlich schneller modernisieren. Über alle weiteren Überlegungen muss jetzt innerhalb unserer Partei intensiv diskutiert werden. So müssen wir aus meiner Sicht auch die zivilen Konfliktlösmechanismen ausbauen und stärken.

Euer



Nach dem Angriff auf die Ukraine finden sich bundesweit Menschen zusammen und zeigen sich solidarisch mit der Ukraine.

Timon Gremmels

Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel Telefon 0561 700 10 52
 buero@timon-gremmels.de TimonGremmels
 timon-gremmels.de @gremmels



Wie geht es weiter?

Krieg gegen die Ukraine

In Reaktion auf die fortgesetzten Angriffe der russischen Streitkräfte in der Ukraine haben sich am Abend des 26.02.2022 die Staats- und Regierungschefs der wirtschaftlich stärksten Demokratien und der EU darauf verständigt, **weitere harte Finanz-Sanktionen gegen Russland zu verhängen**. So werden ausgewählte russische Banken vom internationalen Zahlungsdienst Leistungssystem und Banken-Kommunikationssystem **SWIFT ausgeschlossen**.

Damit werden diese Institute von den internationalen Finanzströmen abgeklemmt; sie können faktisch am internationalen Zahlungsverkehr nicht mehr teilnehmen, was ihr globales Agieren massiv einschränken wird. **Wichtig ist, dass die Maßnahmen auf den russischen Staat zielen, es russischen Personen in der ganzen Welt aber weiterhin möglich bleibt, ihre Familien zu unterstützen**. Auch bleiben dadurch politisch gewollte Zahlungen weiterhin möglich (z.B. für humanitäre Güter wie Lebensmittel, Medizin, Medikamente oder zivilgesellschaftliche Projekte).

Mit dem Sanktionspaket schneiden wir die betroffenen russischen Banken und Staatsunternehmen von der internationalen Finanzierung ab. **Wir verhindern den Export von Zukunftstechnologie nach Russland. Und wir nehmen die Oligarchen und ihre Geldanlagen in der EU ins Visier. Hinzu kommen die Strafmaßnahmen gegen Putin und Personen in seinem direkten Umfeld und Einschränkungen bei der Visavergabe für russische Offizielle**. Insbesondere die Möglichkeit wohlhabender Russinnen und Russen, sich und ihren Familienangehörigen einen so genannten goldenen Pass und damit eine europäische Staatsbürgerschaft zu verschaffen, werden beendet. Darüber hinaus haben die Partner beschlossen, den Zugriff der russischen Zentralbank auf ihre internationalen Devisenreserven massiv einzuschränken.

Klar ist: Diese Sanktionen werden nicht über Nacht zu einer Kursänderung Putins führen. Doch die russische Führung wird den hohen Preis, den sie für ihr kriegerisches Verhalten zahlen muss, spüren - und spürt sie sogar jetzt schon. Allein in der letzten Woche haben russische Börsenwerte um über 30 Prozent nachgegeben.

Die getroffenen Maßnahmen verdeutlichen: **Wenn es darauf ankommt, steht die internationale Gemeinschaft solidarisch zusammen und setzt alles daran, Frieden zu sichern**. Die Länder betonten ihre Bereitschaft, weitere Maßnahmen gemeinsam zu entwickeln und zu ergreifen, sollte Russland seinen Angriff gegen die Ukraine und damit gegen die europäische Friedensordnung nicht beenden.

Eine große Herausforderung liegt darin zu **verhindern, dass Putins Krieg auf andere Länder in Europa übergreift**. Das bedeutet für Deutschland: **Ohne Wenn und Aber stehen wir zu unserer Beistandspflicht in der NATO** und damit zu unseren Alliierten in Mittel- und Osteuropa, die sich um ihre Sicherheit sorgen. Was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht wird, wird getan.

Dazu bedarf es in Deutschland einer leistungsfähigen, hochmodernen, fortschrittlichen Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt. Klar ist: Wir werden deutlich mehr investieren müssen in die Sicherheit unseres Landes, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen. Wir brauchen bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal - das kostet Geld. **Dafür werden wir ein Sondervermögen „Bundeswehr“ einrichten, welches im Bundeshaushalt 2022 einmalig mit 100 Mrd. Euro ausgestattet wird**, um die notwendigen Investitionen und Rüstungsvorhaben zu finanzieren. Dieses werden wir im Grundgesetz absichern. Wir werden von nun an jährlich **mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in unsere Verteidigung investieren**.

Die Bedrohung unserer eigenen Sicherheit lässt sich nicht nur durch die Bundeswehr verteidigen. Wir brauchen ebenfalls eine starke Entwicklungszusammenarbeit und eine Stärkung unserer technischen und gesellschaftlichen Resilienz. Und wir müssen technologisch auf der Höhe der Zeit bleiben.

Diese Krise bedroht zudem die Energieversorgung. Daher werden wir umsteuern und unsere Importabhängigkeit von einzelnen Energielieferanten überwinden. Eine verantwortungsvolle, vorausschauende Energiepolitik ist entscheidend für unsere Sicherheit und nicht nur für unsere Wirtschaft und unser Klima. Darum werden wir mehr tun, um eine sichere Energieversorgung unseres Landes zu gewährleisten und den Ausbau erneuerbarer Energie voranzutreiben.



In Kassel versammelten sich am Samstag, 26. Februar, über 1500 Menschen, um gegen den Krieg zu demonstrieren.



Pressemitteilung

Bundesregierung beruft Gremmels in den Beirat der Bundesnetzagentur



In der heutigen Sitzung des Bundeskabinetts wurde der Kasseler SPD-Bundestagsabgeordnete und Energiepolitiker Timon Gremmels in den **Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA)** berufen.

Gremmels zeigte sich erfreut über das entgegengebrachte Vertrauen. In der vierjährigen Amtszeit will er sich insbesondere um die **Umsetzung der Energiewende und weitere Fortschritte bei der Digitalisierung kümmern**. Gremmels unterstützt die zunehmend wichtiger werdende Bedeutung der **Netzagentur als Verbraucher*innenschutzbehörde**.

Gremmels: „Die Energiewende muss sich auch in den Umbau und die Weiterentwicklung der Netzinfrastruktur im Hinblick auf den weiter steigenden Anteil Erneuerbarer Energien im Stromnetz wiederfinden. Aus dem Beirat heraus werde ich auf alle energiepolitischen Fragestellungen meinen Schwerpunkt legen.“

Im Rahmen der Energieregulierung zählt zu den Aufgaben der BNetzA die Genehmigung der Netzentgelte für die Durchleitung von Strom und Gas und die **Beseitigung von Hindernissen beim Zugang zu den Energieversorgungsnetzen** für Lieferant*innen und Verbraucher*innen. Die Bundesnetzagentur ist zudem für den diskriminierungsfreien Wettbewerb und darüber hinaus für den beschleunigten Ausbau der Stromnetze verantwortlich.

Hintergrund:

Die Bundesnetzagentur liegt als Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz und des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr und ist als oberste Regulierungsbehörde für die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs in den Bereichen Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen zuständig. Eine besondere Rolle spielt für die Behörde auch der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Der Beirat der Bundesnetzagentur setzt sich aus 16 Mitgliedern des Bundestages und 16 Vertretern des Bundesrates zusammen.

Die BNetzA bietet neben vielen Hintergrundinfos zu den Fachthemen auch ein sehr nützliches Portal für Verbraucher*innen an https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Home/home_node.html



Donnerstag, 03.03.2022 - 18.30 Uhr

Strom und Wärme als Luxus?

Die Preise für Energie steigen seit Monaten drastisch an. Private Haushalte und Unternehmen werden immer stärker belastet:

Wo liegen die Gründe der Preissteigerung? Sind die steigenden Energiepreise ein bleibendes Phänomen? Wie kann man einkommensschwache Haushalte entlasten?

Diese und viele weitere spannende Fragen möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung mit den Teilnehmenden und den eingeladenen Gästen diskutieren.

Hier geht es zur Anmeldung:
<https://www.fes.de/lnk/energiepreise>



Programm

- 18:30 Uhr **Begrüßung und Einführung**
Severin Schmidt, Leiter des FES Landesbüros Hessen
- 18:35 Uhr **Impuls: Steigende Energiepreise: Wie kann die Politik reagieren?**
Timon Gremmels, Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Deutschen Bundestages
- 18:50 Uhr **Kommentar: Wie können Verbraucher_innen entlastet werden?**
Philipp Wendt, geschäftsführender Vorstand der Verbraucherzentrale Hessen
- 19:05 Uhr **Kommentar: Verzerren steigende Energiepreise die klimapolitische Debatte?**
Janek Steitz, Projektleiter Agora Energiewende
- 19:15 Uhr **Gespräch mit den Teilnehmenden**
- 20:00 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Moderation: Lara Hoffmann, Freie Journalistin und Moderatorin

Samstag, 05.03.2022 - 14.00 Uhr

Mit Windkraft für Klimagerechtigkeit - Radelt mit!

Mit einer großen Demonstration zum Windpark Söhrewald fordern wir den raschen Ausbau der Windenergie in Nordhessen. Ich bin mit dabei!

Angesichts der weltweiten Klimakrise muss die Energieversorgung auch in Deutschland so schnell wie möglich auf Erneuerbare Energien umgestellt werden. Wir wollen so das 1,5°-Limit einhalten und damit verhindern, dass zahlreiche Menschen ihr Zuhause verlieren.

Daher setzen wir uns für entschiedenen Klimaschutz und den Bau der 18 Windräder im nördlichen Reinhardswald ein. Denn dieser Windpark wird alleine genügend Strom für 90% aller Haushalte des Landkreises Kassel erzeugen.

Weitere Informationen: <https://bit.ly/3K3t7Nf>



Mittwoch, 09.03.2022 - 19:00 Uhr

Online-Lesung: Generation Corona

Ob große psychische Belastungen oder der Bildungsverlust aufgrund schlecht abgestimmter Schooling-Methoden:

Als Pandemie-Abiturient kennt Dario Schramm die Probleme aus eigener Erfahrung. In seinem Buch **DIE VERNACHLÄSSIGTEN GENERATION CORONA: WIE UNS SCHULE UND POLITIK IM STICH LASSEN** führt der ehemalige oberste Schüler*innensprecher Deutschlands aus, was er von Wechselunterricht, Homeschooling, der schleppenden Digitalisierung aber auch von fehlendem Mitspracherecht, Chancenungleichheit und gescheiterten Inklusionsmodellen hält.

Bei einer **Online-Lesung** aus seinem Buch haben Interessierte die Möglichkeit, zusammen mit den Jusos Kassel-Land und Kassel-Stadt, über die aktuelle Situation zu diskutieren und gemeinsam mit Timon über mögliche Auswege aus der Misere zu sprechen.

Den Zoom-Link gibt es per Mail: timon.gremmels.wk@bundestag.de



MITTWOCH, 9. MÄRZ
19 UHR
ZOOM-LINK IN DER INFOBOX





Highlights aus der Presse und meinen Social-Media-Kanälen



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:
https://twitter.com/Timon_Gremmels/

fb.com/TimonGremmels
instagram.com/gremmels
twitter.com/Timon_Gremmels
linkedin.com/in/timon-gremmels



Timon Gremmels, MdB @Timon_Gremmels · 22. Feb.

Die aktuelle Entwicklung macht mehr als deutlich, dass wir uns noch schneller unabhängig von russischem Gas und Erdöl machen müssen. Ein weiter Grund die Erneuerbaren Energien konsequent auszubauen. #Energiewende ist auch #Friedenspolitik!

13

41

164



HNA 26.02.22

KRIEG IN DER UKRAINE Interview mit Bundestagsabgeordnetem Timon Gremmels

„Brauchen beim Gas eine nationale Reserve“

Der Krieg in der Ukraine hat auch Auswirkungen auf die Energiebeschaffung und Energiepreise. Wie ist die Lage?

VON FLORIAN HAGEMANN
UND MATTHIAS LOHR

Kassel/Berlin - Der Kasseler Abgeordnete Timon Gremmels (SPD) ist Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Bundestages. Kürzlich wurde er vom Bundeskabinett in den Beirat der Bundesnetzagentur berufen. Wir sprachen mit ihm über die aktuelle Lage.

Herr Gremmels, im November 2020 haben Sie im Bundestag eine flammende Rede für Nord Stream 2 gehalten. Hat sich diese Haltung aus heutiger Sicht nicht als fatal erwiesen?

Ich glaube, dass es richtig war zu gucken, wie man langfristig Energiesicherheit für Europa über eine moderne Pipeline herstellt. Gas ist nicht nur Energielieferant, sondern auch Grundstoff unserer chemischen Industrie in Deutschland. Man muss auch sagen, dass Russland immer vertragstreu Gas geliefert hat.

Sie sprachen damals auch von der Pipeline als Gesprächsbrücke. Waren Sie zu gutgläubig in Hinblick auf Putin?

Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt, das muss man leider so sagen. Allerdings lasse ich mich nicht dafür kritisieren, dass wir auf diplomatischem Weg versucht haben, einen Konflikt zu lösen, und wirtschaftlich Brücken zu bauen. Wir müssen uns aber eingestehen, dass diese Brücken nicht mehr tragfähig sind. Und: Die alten Gewissheiten, die selbst im Kalten Krieg gegolten haben, gelten seit Donnerstag nicht mehr. Das Thema Wandel durch Handel ist vorerst gescheitert.

Was bedeutet das für die Energiebeschaffung hierzulande?

Wir haben schon in den vergangenen Wochen unsere Gasbezüge diversifiziert und unsere Gasspeicher so gefüllt, dass wir über den Winter kommen. Aber perspektivisch müssen wir unabhängiger werden vom russischen Gas. Deswegen müssen wir den Ausbau Erneuerbarer Energien voranbringen – auch in der Region Kassel. Ich bin mir mit Wirtschaftsminister Robert Habeck einig, dass Deutschland zeitnah ein eigenes Terminal für Flüssiggas bekommt, das perspektivisch für Wasserstoff genutzt werden kann. Das ist die Konsequenz aus Versäumnissen in der Vergangenheit.

Was hätte man konkret anders machen sollen?

Wir haben viel Zeit verloren, weil der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Großen Koalition von CDU/CSU enorm gebremst wurde. In Sachen Windkraft und Photovoltaik haben wir wichtige Jahre verloren. Da werden wir in der Ampelkoalition nachlegen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen wird es noch deutlicher, wie wichtig das ist.

Sie haben gesagt: Wir kommen durch den Winter. Was kommt danach?

Wie beim Öl brauchen wir auch beim Gas eine nationale Reserve. Wir müssen Mindestfüllstände in unseren Gasspeichern gesetzlich fest schreiben, sodass wir auch Gas einlagern können. Das ist leider im letzten Sommer nicht geschehen. Das war in erster Linie ein Marktversagen, weil Händler auf sinkende Gaspreise gehofft haben. Allerdings hat in Asien der Markt trotz der Coronakrise sehr schnell angezogen. Das bedeutet aber auch, dass wir übergangsweise auf Flüssiggas zurückgreifen müssen.



ZUR PERSON

Timon Gremmels

Geboren: am 4. Januar 1976 in Marburg
Ausbildung: Abitur an der Herderschule, Studium Politik- und Rechtswissenschaften, Friedens- und Konfliktforschung in Marburg
Politische Karriere: Eintritt in die SPD als 16-Jähriger. Von 2009 bis 2017 war Gremmels Mitglied des hessischen Landtags, seit 2017 ist er

Bundestagsabgeordneter. Dort ist der Energie-Experte seit Oktober hessischer Landesgruppenchef seiner Fraktion. Aus dem Beirat des Lobby-Vereins Zukunft Gas, der die Interessen von Konzernen wie Wintershall Dea vertritt, hat er sich nach Kritik daran zurückgezogen.
Privates: Gremmels lebt in Niestetal-Sandershausen.

FOTO: ANDREAS FISCHER

Gehen Sie davon aus, dass auch aus Russland weiterhin Gas kommen wird?

Ich bin bis vor zwei Tagen immer davon ausgegangen, dass die Lieferbeziehungen weiter funktionieren, wie sie auch in Zeiten des Kalten Krieges funktioniert haben. Wir dürfen uns darauf aber mittlerweile nicht mehr verlassen. Wir brauchen auch weiterhin russisches Gas, aber den Anteil von 55 Prozent müssen wir reduzieren.

Kritiker sagen, dass der Ausstieg aus der Atomenergie jetzt erst recht ein Fehler gewesen sei.

Wir müssen aufpassen, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Krise nicht jeder seine alten Kamellen hervorholt. Atomkraft ist weder nachhaltig noch günstig. Es gibt kein Endlager für Atomkraft, Atomkraft ist nicht versicherbar, und auch das Uran müsste importiert werden. Atomkraft kann keine Antwort sein. Die Antwort kann nur der schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energie sein.

Aber gerade für den Übergang ist ja zu befürchten, dass die Energiepreise massiv steigen. Wie lässt sich damit umgehen?

Wir haben am Mittwoch im Koalitionsausschuss Maßnahmen auf den Weg gebracht, die 13 Milliarden Euro umfassen. Damit entlasten wir die Menschen bei den Energiepreisen: mit dem Wegfall der EEG-Umlage Mitte des Jahres, mit der Erhöhung des Arbeitgeberpauschbetrags und des Grundfreibetrags, mit der Erhöhung der Pendlerpauschale und, und, und. Jetzt müssen wir schauen, ob das ausreicht, um den Kostenanstieg bei der Energie ausreichend abfedern zu können. Aber mittelfristig wird Energie preiswerter, weil Erneuerbare Energien keinen Rohstoff

brauchen. Sonne und Wind schicken keine Rechnung.

Aber Verbraucherschützer kritisieren, die gerade erst beschlossenen Maßnahmen seien nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

13 Milliarden Euro sind nicht bloß ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wir werden die weitere Preisentwicklung im Blick behalten und bei Bedarf nachlegen. Aber dass die Energiepreise kurzfristig steigen, liegt in erster Linie an unserer Abhängigkeit von Energieimporten.

Es gibt ja erste Stimmen, die besagen, dass die Politik hierzulande umdenken muss, wenn es an den Geldbeutel der breiten Bevölkerung geht.

Aber was ist die Alternative? Es kann doch nicht sein, dass wir aus Angst vor steigenden Preisen einen Despoten wie Putin einfach gewähren lassen. Das wäre der viel höhere Preis, den wir gesellschaftlich zahlen würden. Wir werden in der Ampelkoalition dafür sorgen, dass es keine Spaltung in der Gesellschaft geben wird wegen zu hoher Energiepreise.

Wie passt das zusammen mit der Tatsache, dass Neukunden für Strom und Gas beim Grundversorger zum Teil wesentlich mehr zahlen müssen als Bestandskunden?

Wir haben ja bei Billiganbietern von Gas gesehen, dass schwarze Schafe unterwegs sind. Hier müssen wir Verbraucher künftig besser schützen. Ich kann mir vorstellen, dass es eine Versicherung für die Anbieter geben muss, die bei Insolvenz des Anbieters greift. Genauso müssen wir dafür sorgen, dass die Entlastung durch den Wegfall der EEG-Umlage bei den Kunden ankommt und nicht von den Stromanbietern eingestrichen wird.



Ergebnis des Koalitionsausschusses vom 23. Februar 2022

10 Entlastungsschritte für unser Land

1. Unterstützung bei den Stromkosten – EEG-Umlage fällt weg

Angesichts der gestiegenen Strompreise für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für die Wirtschaft wird die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bereits zum 1. Juli 2022 entfallen. Die Koalition verbindet damit die Erwartung, dass die Stromanbieter die sich daraus ergebende Entlastung der Endverbraucher in Höhe von 3,723 ct/kWh in vollem Umfang weitergeben. Die Übertragungsnetzbetreiber werden verpflichtet, die EEG-Umlage angesichts veränderter Rahmenbedingungen unterjährig neu zu berechnen. Die Ausnahmen, die an die EEG-Umlage gekoppelt sind, werden ebenso wie die Ausnahmen von den Energiesteuern sowie Kompensationsregeln mit Wirkung zum 1. Januar 2023 überprüft und angepasst.

2. Unterstützung bei der Steuer – Arbeitnehmerpauschbetrag wird erhöht

Um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen, wird der Arbeitnehmerpauschbetrag bei der Einkommensteuer um 200 Euro auf 1.200 Euro erhöht. Dieser erhöhte Freibetrag gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2022.

3. Unterstützung bei der Steuer – Grundfreibetrag wird erhöht

Außerdem wird der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf 10.347 Euro angehoben. Dieser erhöhte Freibetrag gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2022.

4. Unterstützung für Fernpendler – Fernpendlerpauschale wird angehoben

Angesichts der gestiegenen Preise für Mobilität wird die am 1. Januar 2024 anstehende Erhöhung der Pauschale für Fernpendler (ab dem 21. Kilometer) sowie der Mobilitätsprämie vorgezogen. Sie beträgt damit rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 38 Cent. Die Bundesregierung strebt noch in dieser Legislaturperiode eine Neuordnung der Pendlerpauschale an, die ökologisch-soziale Belange der Mobilität besser berücksichtigt.



5. Unterstützung für Bedürftige – Coronazuschuss wird eingeführt

Erwachsene Beziehende von existenzsichernden Leistungen werden mit einer Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro unterstützt. Davon profitieren insbesondere diejenigen, die Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung erhalten.

6. Unterstützung für Kinder – Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder kommt

Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder wird zum 1. Juli 2022 auf den Weg gebracht. Er soll in Höhe von 20 Euro pro Monat bis zur Einführung der Kindergrundsicherung denjenigen Kindern helfen, die besondere finanzielle Unterstützung brauchen.

7. Unterstützung für Geringverdienende – Erhöhung des Mindestlohns kommt

Die heute vom Bundeskabinett beschlossene Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro sorgt für eine Erhöhung des Nettoeinkommens für viele Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Deutsche Bundestag wird das entsprechende Gesetz zügig beschließen.

8. Unterstützung bei der Steuer – Corona-Hilfe-Paket kommt

Zur Entlastung von Bürokratie und Abgaben in der Pandemie hat die Bundesregierung das Vierte Corona-Steuerhilfegesetz beschlossen, das im Wesentlichen folgende Maßnahmen enthält:

- Erweiterte Verlustverrechnung (Betriebsverluste der Jahre 2022 und 2023 können bis 10 Millionen Euro auf die zwei unmittelbar vorangegangenen Jahre zurückgetragen und mit den entsprechenden Gewinnen verrechnet werden),
- Verlängerung degressive Abschreibung um ein Jahr (auch in 2022 getätigte Investitionen sollen degressiv abgeschrieben werden können),
- Verlängerung Home-Office-Pauschale von jährlich maximal 600 Euro um ein Jahr.
- Steuerbefreiung Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld (freiwillige Aufstockungen des Arbeitgebers sollen bis zum 30.06.2022 steuerfrei sein),
- Steuerfreiheit für den Corona-Pflegebonus (auch für 2022 soll es einen neuen einmaligen Steuerfreibetrag für Beschäftigte in Pflegebereichen von max. 3.000 Euro geben) und
- Verlängerung Abgabe der Steuererklärungen für 2020, 2021 und 2022 (die Abgabefrist für die Steuererklärungen des Jahres 2020 durch Steuerberater soll bis zum 31. August 2022 verlängert werden. Zugunsten aller Steuerpflichtigen wird



auch die Abgabefrist für die Steuererklärungen der Jahre 2021 und 2022 verlängert.)

Der Deutsche Bundestag wird das Gesetz zügig beschließen.

9. Unterstützung für Beschäftigte und Unternehmen – Kurzarbeitergeld wird verlängert

Die Bundesregierung hat die zum 31. März 2022 auslaufenden Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld bis zum 30. Juni 2022 verlängert (Höchstdauer von bisher 24 Monaten auf 28 Monate, Regelungen zu den erhöhten Leistungssätzen bei längerer Kurzarbeit, Anrechnungsfreiheit von Mini-Jobs, Zugangserleichterungen).

10. Heizkostenzuschuss kommt

Der von der Bundesregierung beschlossene einmalige Heizkostenzuschuss für Wohngeldbeziehende, Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende mit unterstützenden Leistungen wird zügig vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Vor dem Hintergrund stark gestiegener Energiepreise erhalten Empfängerinnen und Empfänger von Wohngeld 135 Euro (und Wohngeld-Haushalte mit zwei Personen 175 Euro sowie pro weiterem Familienmitglied 35 Euro), Azubis und Studierende im Bafög-Bezug 115 Euro pro Person. Der Heizkostenzuschuss soll im Sommer gezahlt werden, wenn in der Regel die Heizkosten- oder Nebenkostenabrechnungen anstehen.

Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎️ Telefon 0561 700 10 52
✉️ buero@timon-gremmels.de 📱 TimonGremmels
🏠 timon-gremmels.de 📺 @gremmels